

II-8713 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4279/J

1989-09-29

A N F R A G E

der Abgeordneten Alois Roppert
und Genossen
an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend Nichteinberufung von Wehrpflichtigen zwecks "Vorratsbildung" im
Bundesheer

Die allgemeine Wehrpflicht der männlichen österreichischen Staatsbürger ist sowohl in der Bundesverfassung (Art.9 A) als auch im Wehrgesetz (§ 15 ff) geregelt. Demgemäß haben alle österreichischen Staatsbürger männlichen Geschlechts diese Pflicht ab dem achtzehnten Lebensjahr zu erfüllen. Die Wehrpflicht endet mit dem Erreichen des einundfünfzigsten Lebensjahres.

Diese gesetzlichen Bestimmungen haben zur Folge, daß derzeit ca. 54.000 junge Österreicher zur Ableistung ihres ordentlichen Präsenzdienstes einberufen werden. Aufgrund der sich abzeichnenden demographischen Entwicklung wird das Wehrpflichtigenaufkommen in den nächsten Jahren in erheblichem Maße absinken.

Das Bundesministerium für Landesverteidigung hat "Gegenmaßnahmen" gegen diese Entwicklung ergriffen, die wenig geeignet erscheinen, die Einstellung der Jugend zum Bundesheer zu verbessern. Gemäß einer Weisung von Bundesminister Lichal haben die Ergänzungsbehörden vorerst die Jahrgänge 1969 und 1970 - mit Ausnahme von sozial begründeten Fällen - nicht mehr zum Präsenzdienst einzuberufen, um auf diese Weise eine sogenannte "Vorratsbildung" betreiben zu können. Diese "Vorratsbildung" ist nach Ansicht der Militärs notwendig, um genügend Soldaten zu haben, die für das Milizsystem beorderbar sind. Dies hat zur Folge, daß im heurigen und im nächsten Jahr beinahe hunderttausend Österreicher ihre Wehrpflicht nicht erfüllen können und damit auch nicht in das Berufsleben integriert werden. Wie die Praxis zeigt, nehmen nämlich die meisten Betriebe junge Menschen erst nach dem abgeleisteten Präsenzdienst auf.

- 2 -

Die Maßnahme von Bundesminister Lichal ist aus zwei Gründen hinterfragungswürdig:

Zum einen berücksichtigt sie nicht die Tatsache, daß es zu einer Änderung (Auflockerung) der Tauglichkeitsbestimmungen gekommen ist. Während früher nur völlig kriegstaugliche Wehrpflichtige zur Ableistung des Präsenzdienstes einberufen werden konnten, ist es heute möglich, auch mindertaugliche Soldaten einzuberufen, die in Schreibstuben und dergleichen eingesetzt werden. Damit erhöht sich automatisch die Zahl der tauglichen Wehrpflichtigen sowie die Anzahl der beorderbaren Milizsoldaten.

Zum anderen leistet sich das Bundesheer den erstaunlichen Luxus, von den Präsenzdienstern eines Geburtenjahrganges nur ca. 20 % für die Miliz beorderbar zu machen. Der Rest wird in der Systemerhaltung und in der Bereitschaftstruppe verwendet. Diese sogenannten 8-Monate-Durchdiener lehnen überdies - wie Untersuchungen zeigen - das Bundesheer nach abgeleistetem Präsenzdienst zu fast 80 % ab.

Als Begründung für die Maßnahme von Dr. Lichal wird die Notwendigkeit angegeben, genügend Soldaten für den Ausbau des Milizheeres zu haben. Tatsächlich entsteht aber der Eindruck, daß diese Maßnahmen für das Milizsystem nicht förderlich sind.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an den Bundesminister für Landesverteidigung die nachstehenden

A n f r a g e n:

1. Wie viele Wehrpflichtige des Geburtenjahrganges 1969 wurden nicht zum Präsenzdienst einberufen, obwohl die Möglichkeit dazu bestanden hätte ?
2. Wie viele Wehrpflichtige des Geburtenjahrganges 1970 wurden nicht zum Präsenzdienst einberufen, obwohl die Möglichkeit dazu bestanden hätte ?
3. Wie erklären Sie die Tatsache, daß beim Einberufungsjahrgang 1988 bei etwas mehr als fünfzigtausend Grundwehrdienstern über dreißigtausend als Systemerhalter (8-Monate-Diener) eingesetzt wurden ?

- 3 -

4. Auf wie lange will das Verteidigungsministerium die unsoziale Maßnahme der "Vorratsbildung" aufrecht erhalten ?
5. Sind Sie nicht der Meinung, daß die negativen Auswirkungen dieser Maßnahmen (insbesondere die dadurch zu erwartende Verschlechterung der Einstellung von jungen Leuten zum Bundesheer) auf jeden Fall für das Bundesheer gravierender sind, als die eventuell vorhandenen positiven Auswirkungen ?